Deutscher Gewerkschaftsbund

Region Main-Kinzig/ Offenbach/ Wetterau

DGB Servicebüro Offenbach · Berliner Str. 220-224 · 63067 Offenbach

Magistrat der Stadt Offenbach

Stadtverordnetenfraktionen der Stadt Offenbach

Berliner Str. 220-224
63067 Offenbach am Main
Telefon: 069 -81 80 71
Telefax: 069 -81 80 72
Mobil: 0151-14262770
e-mail: Frank.Herrmann@dgb.de

www.region-main-kinzig.dgb.de

Abteilung	Unsere Zeichen	Datum
Büro Offenbach	fh	16.08.06

Pläne zur Zusammenlegung der beruflichen Schulen in Offenbach
- Offener Brief an die Mitglieder des Magistrats und die Stadtverordnetenfraktionen -

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großer Sorge verfolgen wir Pläne, die im Offenbacher Stadtgebiet gelegenen beruflichen Schulen von derzeit vier mittelfristig auf zwei zu reduzieren, obwohl Prognosen eine Zunahme der Schülerzahlen erwarten lassen. Diese würden die Bildung von Riesenschulen mit jeweils 3000-4000 Schülerinnen und Schülern und 150-200 Lehrkräften bedeuten. Als erster Schritt ist von der Bildung von zwei Schulverbünden zwischen August-Bebel- und Gewerblich-technischer Schule sowie Käthe-Kollwitz- und Theodor-Heuss-Schule die Rede, die endgültige Zusammenlegung soll dann vermutlich mit der Pensionierung der jeweiligen Schulleiter vollzogen werden. Wir befürchten, dass ein entsprechender Magistratsbeschluss kurzfristig erfolgen könnte.

Die Bildung schulischer Riesensysteme in den USA wird heute als Fehler angesehen: Effektiver Austausch und empathischer Umgang miteinander sind in ihnen nur noch begrenzt möglich, auch die Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer Ziele und Konzeptionen wird schwierig und bleibt meist oberflächlich. Die PISA-Gewinner – z.B. Finnland – haben daraus gelernt und vermeiden solche Systeme. Wir sollten auch in Offenbach derartige Fehler nicht wiederholen, die Situation in unserer Stadt ist viel zu sensibel dafür. Die hohe Zahl von Hauptschulabgängern ohne Abschluss in Offenbach ist bekannt.

Berufliche Schulen fangen u.a. auch Schülerinnen und Schüler mit negativen Schulkarrieren auf. Viele sind durch negative Vorerfahrungen stark geprägt und bringen eine fragile psychi-

sche Struktur mit. Wenn es überhaupt gelingt, sie in ein schulisches System einzubinden, dann nur, wenn persönliche Beziehungen im Vordergrund stehen und die Einheiten überschaubar bleiben. In der Anonymität von Riesensystemen können sich Störungsbilder hingegen verfestigen.

Wenn Schülerinnen und Schüler mit problematischen Vorerfahrungen in einer Situation beschult werden, die eine Vertrauensbildung und die Aufarbeitung von Problemen fast unmöglich macht, sind negative Folgen absehbar. Ein Umkippen im Hinblick auf Gewaltprobleme ist leicht möglich; schulische Gruppenbildungsprozesse bedeuten schon jetzt oft eine Gratwanderung. Die Bildung einer Gemeinschaft ist in sehr großen Schulen kaum mehr möglich. Eine Identifikation mit der Schulgemeinde kann, wenn überhaupt, nur noch rudimentär stattfinden: Wer dazu gehört und wer nicht, ist nicht mehr zu übersehen.

Anonymität öffnet negativen Einflüssen Türen. Es gab bisher schon mehrere Versuche der Drogenszene, sich in schulischen Umfeldern zu etablieren, diese konnten bisher stets durch einen verstärkten Einsatz der Kolleginnen und Kollegen abgewehrt werden. Dies wäre in einer unkontrollierbaren Mammuteinrichtung sehr viel schwieriger. Anonymität bildet grundsätzlich einen Nährboden für Gewalt, Drogen und Kriminalität, der unsere beruflichen Schulen negativ verändern könnte. Wir befürchten, dass soziale und Integrationsprobleme, die bis jetzt mit viel Engagement gelöst wurden, überhand nehmen könnten.

Negativen Einfluss hätte die Bildung von Riesensystemen auch auf die demokratische Struktur der Schulen. Gesamtkonferenzen wären schon räumlich kaum noch durchführbar; es könnten rein zeitlich nur noch Wortführer gehört werden, und die wesentlichen Auseinandersetzungen müssten in kleine Führungsgremien verlegt werden. Dies würde ein schlechtes Vorbild für die Schülerschaft, die demokratische Strukturen lernen soll, darstellen. Schülervollversammlungen wären ganz unmöglich.

Die Auflösung zweier traditionsreicher und erfolgreich arbeitender Schulen hätte darüber hinaus negative Auswirkungen auf die Motivation der Lehrkräfte. In den letzten Jahren wurden den Schulen eigenständige Profilbildungen – beispielsweise im Rahmen ihrer Schulprogrammarbeit – ermöglicht. Die Kollegien haben mit hohem Aufwand und weitgehend ohne zusätzliche Arbeitszeitkontingente an der Weiterentwicklung ihrer Schulen gearbeitet. Wenn das, was in diesem Rahmen geschaffen wurde, nun obsolet würde, wäre das ein schwerer Rückschlag für die Beteiligung und Mitgestaltungsarbeit der Kolleginnen und Kollegen. Durch die Einsparung der Schulleiterstellen, die dem Land Hessen zugute käme, würde überdies auf Ressourcen verzichtet, die uns zurzeit noch zur Verfügung stehen. Tatsächlich sind die Schulleitungen bereits jetzt hoch belastet, und die Belastung wird in Zukunft durch zusätzliche Aufgaben noch steigen. Warum nun ohne Not auf diese Stellen und die damit verbundenen Kompetenzen verzichtet werden soll, ist für uns nicht nachvollziehbar.

Unsere beruflichen Schulen sind empfindliche Systeme. Sie haben schwieriger werdende Aufgaben unter Bedingungen zu erfüllen, die bereits jetzt keineswegs optimal sind. Sie sind so groß, dass innerschulische Abstimmungs- und Identifikationsprozesse nicht einfach sind; aus pädagogischer Sicht wären kleinere Einheiten bereits jetzt wünschenswert. Wenn die beruflichen Schulen so groß werden, dass sie nicht mehr in der Lage sind, ihren pädagogischen Aufgaben hinreichend nachzukommen, hätte dies gravierende Folgen für die sozialen Verhältnisse in der Stadt Offenbach.

Die aktuellen Diskussionen um die Zusammenlegung von beruflichen Schulen lassen befürchten, dass hier einseitig zu Lasten der Schülerinnen und Schüler Sparmaßnahmen durchgeführt werden sollen. Ein effektiver Einsatz öffentlicher Gelder ist grundsätzlich zu begrüßen. Anzumerken ist jedoch, dass Schulen bereits seit Jahrzehnten in wachsendem Maße unzureichend mit Ressourcen versorgt werden. Dies betrifft sowohl den Schulträger, der einzelne Schulen so baufällig werden ließ, dass ein Abriss unumgänglich wurde, als auch das Kultusministerium, das durch steigende Klassengrößen, unzureichendes und teilweise veraltetes Lehr- und Lernmaterial sowie wachsende Arbeitsbelastung den Schulen die Erfüllung ihrer Aufgaben zunehmend erschwert. Aufgrund der Größe der beruflichen Schulen in Stadt und Kreis Offenbach sind Synergieeffekte durch Vergrößerungen nicht mehr zu erwarten. Wenn in wenigen einzelnen Ausbildungsgängen noch Synergien möglich scheinen, müssen diese konkret benannt werden, können jedoch in keinem Fall zur Zusammenlegung ganzer Schulen führen.

Vor allem aber ist zunächst zu fragen, wie die Qualität der beruflichen Schulen verbessert werden kann; dies wird zum Nulltarif oder gar als Einsparung aber nicht möglich sein. Alle Veränderungen müssen in ein pädagogisches Konzept eingebettet werden. Die Qualität der beruflichen Bildung muss Ausgangspunkt der politischen Diskussion werden. Aus Sicht der Gewerkschaften macht eine Veränderung des Systems der beruflichen Schulen auf der Verwaltungsebene nur Sinn, wenn diese eine qualitative Weiterentwicklung von Ausbildung beinhaltet.

Wir wollen verhindern, dass schulische Systeme geschaffen werden, die die beruflichen Bildungschancen der Offenbacher Schülerinnen und Schüler verschlechtern. An einem konstruktiven Dialog über die qualitative Weiterentwicklung und Profilbildung der beruflichen Schulen in Offenbach werden sich die Offenbacher Gewerkschaften maßgeblich beteiligen. Ein derartiger öffentlich geführter Dialog, an dem Kollegien, Schulleitungen, Schüler- und Elternschaft teilhaben müssen, ist für uns eine Voraussetzung für jede angedachte Veränderung auf organisatorischer Ebene.

Wir bitten Sie dringend, alle Pläne zur Reduzierung der Anzahl der beruflichen Schulen in Offenbach zurückzuweisen und sich mit uns dafür einzusetzen, dass die Bildung größerer Schulsysteme in unserer Stadt verhindert wird.

Für Rückfragen und Gespräche stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.
Mit freundlichem Gruß

Frank Herrmann
DGB Offenbach

Michael Köditz
GEW Offenbach

Rosi Haus
ver.di Offenbach

Werner Dreibus
IG Metall Offenbach

Resolution der Personalversammlung der Käthe-Kollwitz-Schule

Keine Verschiebung von Schülerinnen und Schülern aus ökonomischen Gründen – keine Zusammenlegung der beruflichen Schulen am Buchhügel!

Das Kollegium der Käthe-Kollwitz-Schule nimmt mit Entsetzen zur Kenntnis, dass aus rein ökonomischen Gründen eine Verlagerung von Schülerinnen und Schülern und Schulformen sowie eine Zusammenlegung der beruflichen Schulen am Buchhügel von dem Oberbürgermeister der Stadt Offenbach erwogen werden.

Wir befürchten vorschnelle Entscheidungen, ohne dass in einem demokratischen Prozess die Betroffenen beteiligt werden. Wir wehren uns gegen die Zerstörung gewachsener Strukturen, die in Abstimmung mit allen beruflichen Schulen in Stadt und Kreis Offenbach entstanden sind. Wir wollen verhindern, dass Offenbach seine Stellung als Mittelpunkt beruflicher Ausbildung verliert.

Durch die anvisierte Zusammenlegung beruflicher Schulen entstehen Riesensysteme, in denen ein effektiver Austausch miteinander nicht mehr möglich ist. Die Bildung einer Gemeinschaft, die sich mit ihrer Schule identifiziert und gewaltfrei und empathisch miteinander umgeht, ist nur möglich, wenn der Rahmen überschaubar bleibt. In einer Schule mit etwa 3000 Schülerinnen und Schülern wird zwischen Mitgliedern der Schulgemeinde und schulfremden Personen nicht mehr zu unterscheiden sein. Daraus resultierende Gefährdungspotenziale sind absehbar. Darüber hinaus sind Kollegien mit weit über 100 Lehrkräften kaum in der Lage, gemeinsame Ziele und Konzeptionen zu entwickeln und umzusetzen.

Die Käthe-Kollwitz-Schule und die Theodor-Heuss-Schule arbeiten in guter Nachbarschaft miteinander und wollen ihre Zusammenarbeit als selbstständige Einheiten vertiefen. Einer Zusammenlegung werden wir uns aber mit aller Kraft entgegenstellen.

Wir sind tief enttäuscht, dass wieder einmal ökonomische vor pädagogischen Überlegungen Vorrang haben sollen.

Einstimmig beschlossen am 11. Juli 2006
gez. Dr. Ulrike Riehl, Vorsitzende des Personalrats

Zur Information der Kolleginnen und Kollegen und der Schüler- und Elternschaft
gedruckt von den Kreisverbänden Offenbach-Stadt und Offenbach-Land
der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Weitere Informationen im Internet unter

www.gew-offenbach.de

Dort findet ihr unter *Aktuelles* außerdem eine Presseerklärung der Linksfraktion im Offenbacher Stadtparlament zum Thema sowie weitere Stellungnahmen.

Kontakt: info@gew-offenbach.de